

SCHREIBEN SIE UNS!

redaktion.mmw@springer.com

Springer Medizin, Redaktion MMW,
Aschauer Str. 30, 81549 München

Analfissur: Bei politisch Verfolgten an Folter denken

Unter dem Titel „Proktologie in der Hausarztpraxis“ konnte man in unserem jüngsten CME-Sonderheft [MMW Fortschr Med. 2022;164(Suppl 3):40–7] sein Wissen über Beschwerden im Analbereich auffrischen. Eine Leserin hat dazu eine wichtige Ergänzung.



Protest gegen das iranische Regime (in Paris).

Danke für den praxisnahen, wichtigen Artikel! Ich möchte gern einen Hinweis zur Analfissur geben, weil ich inzwischen zwei Patienten hatte, die eine spezielle Anamnese hatten und nach meiner Einschätzung Beispiele für eine größere Gruppe sein können. Es handelt sich um junge, in der Regel homosexuelle, aus dem Iran geflüchtete Männer, die berichten, dass sie dort auf Polizeistationen mit dem

gefürchteten Besenstil durch rektale Vergewaltigung gefoltert werden. Bei meinen beiden Patienten waren die Analfissuren plausibel auf solche Vergewaltigungen zurückzuführen.

In beiden Fällen habe ich die chirurgischen Kollegen um eine präoperative Fotodokumentation gebeten. Es wäre möglich, dass dies bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen relevant wird.

Bei meinen Patienten hat es mehrere Anläufe gebraucht, bis mir einer von beiden den Hinweis gab, was passiert war. Das Thema ist äußerst schambelegt und wird auch bei unseren Sozial- und Ausländerbehörden nicht offen angesprochen.

Wenn die Analfissur operiert werden soll, ist es ratsam, vor einer Operation die Wohnsituation zu klären. Wenn zwanzig junge Männer sich zwei Toiletten teilen, ist das postoperativ notwendige Wundduschen praktisch unmöglich. Auch wenn wir streng den Datenschutz beachten müssen, hatte ich mit einem beherzten Anruf beim Sozialamt Erfolg, sodass ein Umzug möglich wurde und für die durchaus langwierige postoperative Wundheilung eine geschützte Wohnsituation bestand. ■

Dr. med. Gisela Gieselmann, Ärztin für Allgemeinmedizin,
Hauptstr. 177, D-42579 Heiligenhaus

Ärzeschaft fordert von Scholz mehr Einsatz für iranisches Volk

Die gewaltsamen Reaktionen des iranischen Regimes gegen die seit Monaten anhaltenden Proteste sorgen unter deutschen Ärztinnen und Ärzten für Entsetzen. In einem vom Verein demokratischer Ärzt*innen initiierten Offenen Brief fordern sie die Bundesregierung auf, „alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diese menschliche Katastrophe zu beenden“.

Zu den Unterzeichnern gehört auch die Bundesärztekammer. Die ärztlichen Organisationen verurteilen die Methoden des Regimes, zu denen sie Prügel, Verschleppung, Folter, Vergewaltigung, Mord sowie politisch motivierte Strafprozesse zählen. Besonderes Augenmerk lenken sie auf die prekäre Situation von Ärztinnen und Ärzten im

Iran. Diese seien zum einen selbst Opfer von Gewalt und Repressalien, zum anderen würde ihnen die Versorgung durch bewaffnete Kräfte im Krankenhaus erschwert. Patienten müssten teils „heimlich und außerhalb der Gesundheitszentren“ behandelt werden. chy ■

Quelle: www.vdaee.de/index.php/presse/2022/1253-pressemitteilung-offener-brief-zum-iran